



Zeitreise wider die Popkultur

Hintergrund ➔ Aktivitäten der HDJ machen die Notwendigkeit antifaschistischer Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit klar



Recherchen von AntifaschistInnen haben in den vergangenen Monaten einen Verein ins Blickfeld gerückt, von dem man bislang vielerorts allenfalls wusste, »dass es ihn gibt«: die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ). Unter Verzicht auf öffentliche Selbstinszenierungen hat sich die Organisation ein klandestines Netz gestrickt, das es ihr ermöglicht, bis zu 350 Personen in Camps zu versammeln, um diese ideologisch und paramilitärisch zu

schulen. Die HDJ stellt damit eine wesentliche Hintergrundstruktur des organisierten Neonazismus in Deutschland dar. Die nun sichtbar werdende Dimension ihrer Aktivitäten bringt insbesondere die Sicherheitsbehörden in arge Erklärungsnot.

Auch das apabiz hat sich an den Recherchen zur HDJ beteiligt. Resultat war unter anderem eine Presseerklärung, die das apabiz und das Antifaschistische Infobüro Rhein-Main am 24. Mai herausgaben und die auf unserer Internetseite nachzulesen ist. Darin sind die umfangreichen Aktivitäten der HDJ-Einheiten Hessen und Franken offen gelegt, die in den vergangenen zwei Jahren über 30 Treffen durchführten – so genannte »Heimabende«, verschiedene Lager und Schulungswochenenden, Übungen im Kolonnenfahren und vieles mehr.

Ideologische und paramilitärische Schulung für Kinder ab sechs Jahren

Auf dem mehrtägigen Pfingstlager der HDJ im Jahre 2006 im Großraum Würzburg fanden sich zeitweise über 350 Personen zusammen. Neben morgendlichen Fahnenappellen und Paukstunden wurde den Teilnehmenden – jungen Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern ab sechs Jahren – paramilitärischer Drill geboten. Höhepunkt des Lagers war das Initiationsritual für Neumitglieder. Im Fackelschein und unter beschwörenden Reden leisteten Kinder und Jugendliche den Eid auf die Fahne – auf eine »leere«, weiße Fahne, die als Ersatz dient für jene Fahne, die man aus Sicherheitsgründen

nun doch nicht öffentlich hissen möchte: die Hakenkreuzfahne.

Das neue, alte Netzwerk der HDJ

War die HDJ bei ihrer Gründung im Oktober 2000 noch ein recht exklusiver Zirkel, so fanden in den vergangenen Jahren vermehrt AktivistInnen »freiere« KAMERADSCHAFTEN und NPD-Gruppen den Weg zu den HDJ-Treffen, die zum Teil auch Nichtmitgliedern offen stehen. Denn die HDJ bildet einen bewussten Gegenpol zur neonazistischen Popmode mit all ihren provokant-peinlichen Inszenierungen. Sie sorgt für Selbstvergewisserung und bedient das Bedürfnis nach Eindeutigkeit. Hatecore, Angli-

Initiationsritual für Neumitglieder bei einem Lager der HDJ: Schwören auf eine »leere«, weiße Fahne.



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Rostock: Nazis greifen DemonstrantInnen an

Rostock • Die Hansestadt ist in den vergangenen Wochen zu einem verstärkten Aktionsgebiet gewalttätiger Neonazis geworden. Hintergrund ist die Eröffnung des Nazi-Ladens EAST COAST CORNER. Am 30. Juni demonstrierten etwa 170 NPD- und KameradschaftsanhängerInnen für den Erhalt des Bekleidungsladens. Ihnen stellten sich ca. 600 BürgerInnen und Antifas entgegen. Bereits vor dem Aufmarsch griffen 100 Neonazis knapp 100 von der »Fusion« angeleitete GegendemonstrantInnen kurz vor Rostock an: Als der Zug in Pölchow hielt, warfen die Neonazis von draußen die Scheiben ein, zogen Antifas aus dem Zug und verprügelten sie unter anderem mit Zaunlatten. Viele Linke wurden zum Teil schwer verletzt.

Auf Seiten der Rechten sollen der NPD-Landtagsabgeordnete UDO PASTÖRS, MICHAEL GREWE (NPD), STEFAN KÖSTER und TINO MÜLLER erkannt worden sein. Obwohl das ganze Geschehen nach einer geplanten Aktion aussieht und die Nazis ihren Angriff filmten, nahm die Polizei nur die Personalien der GegendemonstrantInnen auf und ließ die Neonazis durch Rostock marschieren. ◀

Faxen fürs Vaterland

Prignitz/Ruppin • Ambitionierte Zukunftspläne schmiedet zurzeit offenbar der Brandenburger NPD-Kreisverband für Prignitz und Ruppin. In der aktuellen Ausgabe des Regional-Parteiblatts ZÜNDSSTOFF wird unter der (grammatikalisch missglückten) Schlagzeile »Aufbruchsstimmung in Prignitz-Ruppin« folgendes berichtet: Der Kreischef PETER BÖRS (Jahrgang 1944) »kündigte an, dass der Kreisverband demnächst wieder über Fax und Telefon verfügen wird«. Es bleibt abzuwarten, ob Börs dieses hoch angesetzte Versprechen einlösen können wird.

Tatsächlich ist der Strukturaufbau der NPD in Brandenburg in den vergangenen Monaten vorangeschritten. Die Partei plant, bei den Kommunalwahlen im Herbst nächsten Jahres anzutreten und rechnet sich gute Chancen aus, viele Lokalmandate zu gewinnen. Der Nordwest-Kreisverband unter Börs ist bislang die schwächste Parteigliederung der NPD in Brandenburg. ◀

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz e.v.* kommen möchten, gibt es jetzt unser *Info-Paket* in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des *apabiz e.v.* (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

zismen, grölende Saufgelage, Piercings, einen »Black Block« – all das findet man auf den Lagern der HDJ nicht, stattdessen klare Hierarchien, militärische Disziplin, festgelegte Geschlechterrollen und dazu das passende Outfit in Uniformen und Haartrachten, die deutlich den alten Idealen von Hitler-Jugend und dem Bund Deutscher Mädel nachempfunden sind.

Wenngleich des Gebaren der HDJ sektenhaft anmutet, so ist deutlich zu sehen, dass viele ihrer führenden Personen mitten im Leben stehen. Sie sind beispielsweise in dörflichen Fußballclubs, in Kampfsportvereinen, in Fanfarenzügen der Gemeinden aktiv; sie arbeiten als Bauunternehmer und Ingenieure, studieren oder erlernen soziale Berufe. Einzelne von ihnen betreiben gar private Internetseiten, auf denen sie ausführlich über ihren Alltag, ihre FreundInnen und ihre Hobbys Auskunft geben, ohne dass Betrachtende daraus Verdacht schöpfen könnten.

HDJ-Aktive trifft man zudem in verschiedenen Gruppen und Organisationen der »nationalen Bewegung« – neben NPD und einzelnen KAMERADSCHAFTEN zum Beispiel im elitären Kreis der völkisch-heidnischen ARTGEMEINSCHAFT, die schon in den 1980er und 1990er Jahren als die Struktur der »Alten« hinter der WIKING-JUGEND galt. In unserer Presseerklärung verweist das

Infobüro Rhein-Main zudem auf die personellen Verflechtungen zwischen HDJ und einem in Hessen ansässigen und als gemeinnützig anerkannten DEUTSCHEN NOTOPFER HILFSWERK (DNHW). Dieses nennt sich »wohltätig«, gibt vor, »in Not und Elend geratenen Deutschen – insbesondere Kindern und Familien – zu helfen« und bemüht sich, von Privatpersonen und Gewerbetreibenden Spenden in Form von Lagerhallen und Fahrzeugen einzutreiben.

Die HDJ lässt sich am ehesten als ein Familienclub verstehen, der den Nationalsozialismus als einen geschlossenen lebensweltlichen Komplex organisiert. Auffallend ist die hohe Anzahl vielköpfiger Familienclans, die sich nun schon in der x-ten Generation der (neo-)nazistischen Jugendarbeit verschrieben haben. Viele führende ProtagonistInnen der HDJ entstammen der 1994 verbotenen WIKING-JUGEND (WJ) oder sind die Söhne und Töchter von ehemaligen Aktiven der WJ. Unter ihnen befinden sich etwa MANFRED BÖRM aus dem niedersächsischen Handorf, ehemaliger »Gauführer Nord« der WJ, DIRK NAHRATH aus dem fränkischen Weilbach, ehemaliger »Gauführer Franken« der WJ, sowie dessen Bruder WOLFRAM NAHRATH aus Berlin, letzter Bundesführer der WJ vor ihrem Verbot.

Informationsnotstände in den Amtsstuben

Insbesondere der Beitrag »Ferien im Führerbunker« des Fernsehmagazins Panorama am 24. Mai dieses Jahres, der das nationalsozialistische Gebaren auf den HDJ-Lagern in drastischen Bildern zeigt, sorgt nun für gehörige Unruhe beim Bundesinnenminister und in den Innenministerien der Länder. Denn man vermag keine plausible Antwort auf die Frage geben, warum ein Verein, der derart offen eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus betreibt und zudem in offensichtlicher Nachfolge der verbotenen WIKING-JUGEND steht, sich so ungestört entwickeln konnte. Die wahrheitsgemäße Antwort wäre: Die Behörden wissen (zu) wenig über die HDJ. So antwortete der

Alt und jung gemeinsam: Paramilitärisches Training und Schulungen in Lagern der HDJ.





HDJ-Bundesmädelführerin beim Naziaufmarsch in Dresden.

nordrhein-westfälische Innenminister auf die kleine Anfrage eines Abgeordneten der Grünen im September 2006 – acht Monaten nachdem auf dem »Bundeswinterlager« der HDJ im westfälischen Bergneustadt 200 uniformierte Neonazis an Wohngebieten entlang marschierten – wie folgt: »Es ist (...) zutreffend, dass die HDJ in den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen keine Erwähnung findet. Das Bundesverfassungsgericht hat (...) an die Erwähnung einer Organisation/Gruppierung im Verfassungsschutzbericht enge Maßstäbe gesetzt und dabei insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz betont. So ist eine Berichterstattung nur zulässig, wenn hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde bisher von einer Erwähnung der HDJ im Verfassungsschutzbericht abgesehen.«¹ So ist der Berliner Verfabis heute der einzige, der in seinem alljährlichen Bericht auf die HDJ eingeht, dabei jedoch fälschlicherweise den Vereinssitz in Berlin ansiedelt.

Da die Sicherheitsorgane bis zu den Veröffentlichungen im Frühjahr nicht einmal Kenntnis darüber hatten, dass die HDJ eine deutschlandweite, flächendeckende Struktur aufgebaut hat, war der Umgang mit ihr bis dato Ländersache. Und in den Ländern wurde die Gruppierung – wenn überhaupt – als rechte Folkloretruppe oder Pfadfindergruppe wahrge-

nommen. Diese Unkenntnis der Behörden und Kommunen verschafft der HDJ bis heute immer wieder Möglichkeiten, auch auf kommunale Einrichtungen wie Jugendherbergen, Selbstversorgerhäuser oder Grillhütten zurückzugreifen. Wie groß der Informationsbedarf mittlerweile ist, können wir aus den vielen Zugriffen auf das von uns erstellte HDJ-Profil auf unserer Internetseite erkennen.²

Die Zeichen stehen auf Verbot

Nunmehr wird von den Verfassungsschutzämtern und den Staatsschutzabteilungen in großer Eile Material zusammengetragen, um ein Verbot der HDJ in die Wege zu leiten. Die Behörden stecken in einem Dilemma: Sie müssen trotz ihres dürftigen Wissensstands schnell handeln, um die Blamage »wett zu machen«, dass JournalistInnen und antifaschistische Recherchegruppen über weitaus bessere Informationen und Einschätzungen verfügen, als ihr gesamter Apparat mit all seinen technischen und finanziellen Möglichkeiten. Man darf gespannt sein.

Bei der HDJ ist indes noch keine große Nervosität festzustellen, bislang läuft alles wie gehabt. Auf das zunehmende mediale Interesse an ihren Aktivitäten reagieren die AktivistInnen überaus aggressiv. So griff der HDJ-Bundesführer SEBASTIAN RÄBIGER im November 2006 im brandenburgischen Blankenfelde eine Journalistin tätlich an und verletzte sie. Teilnehmer eines HDJ-Lagers in der Nähe von Detmold starteten eine Autoverfolgungsjagd in Wildwest-Manier auf sie beobachtende JournalistInnen.

Auch wenn die Behörden bei kommenden Veranstaltungen der HDJ mal wieder nichts wissen: Mit Sicherheit werden sich AntifaschistInnen bemühen, das Lager zu lokalisieren und zu dokumentieren. Um danach wieder unbequeme Frage zu stellen.

Michael Weiß

- 1) Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 14/2640, Antwort des Innenministers vom 25. September 2006 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Michael Vesper (Grüne)
- 2) Vgl. <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/-HDJ.htm>.

FORMAT 18-Führer verhaftet

Moskau • Anfang Juli wurde in Moskau der Anführer der Neonazi-Gruppierung FORMAT 18, MAKSIM MART-SINKEVICH, wegen Volksverhetzung festgenommen. Der bis dahin vor allem im Internet unter dem Pseudonym TESAK (Küchenbeil) bekannt gewordene Neonazi war im Februar erstmals bei einer öffentlichen politischen Veranstaltung aufgetreten und hatte dort durch Naziparolen und Aussagen wie »Der Mord an einem tadschikischen Mädchen, vierzigjährigen Negern und Liberalen bedeutet Kampf für sein Land« provoziert.

FORMAT 18 steht der NATIONALSOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT (NSO) nahe, veröffentlicht auf seiner Internetseite rechtsradikale Gewaltvideos und hat den Mord an dem Moskauer Antifaschisten Aleksandr Rjuchin im April 2006 mit zu verantworten. ◀

Bewegung oder Partei?

Berlin • Für den 3. Juni hatte das neurechte INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IFS) zu seinem »14. Berliner Kolleg« unter dem Motto »Kein Ort nirgends? – Konservative zwischen Zähmung und Aufbruch« geladen. Etwa 300 Gäste folgten der Einladung zur Neubestimmung rechtskonservativer Positionen nach der Debatte um den baden-württembergischen Ministerpräsidenten OETTINGER. Neben Vertretern des Instituts waren u. a. der Sicherheits- und Islamexperte UDO ULFKOTTE als Redner geladen. Dieser schloss seine Ausführungen zum Islam mit einem Aufruf, sich seinem Verein PAX EUROPA anzuschließen, der eine Parteigründung plane. Am 20. Juni wurde bekannt, dass sich ULFKOTTE der rechtspopulistischen Wählervereinigung BÜRGER IN WUT angeschlossen hat.

Als zweiter prominenter Redner trat der frühere CDU- und inzwischen fraktionslose Bundestagsabgeordnete HENRY NITZSCHE auf. Für die NPD waren als Gäste deren Funktionäre ANDREAS STORR und HOLGER SZYMANSKI vor Ort. ◀

14 Wörter

USA • Ende Mai verstarb der US-Naziterrorist DAVID LANE, der das Glaubensbekenntnis »Fourteen Words« formuliert hat. ◀



Zurück ins Kleinklein

Bericht  Extreme Rechte scheitert mit ihrem geplanten Großaufmarsch in Schwerin anlässlich des G8-Gipfels

Wenig Erfolg für die extreme Rechte in Spanien

Spanien • Bei den Länder- und Kommunalwahlen am 27. Mai konnten die extrem rechten Parteien nur Ausnahmeerfolge verbuchen. In wenigen Gemeinden konnten Splitterparteien Sitze erringen, insgesamt blieben ihre Stimmengewinne jedoch marginal.

Bemerkenswert ist der Zugewinn bei der PLATAFORMA PER CATALUNYA (PxC) von JOSEP ANGLADA I RIUS. Die xenophobe, rechtspopulistische Partei hat in ganz Katalonien 17 Gemeinderatssitze gewonnen und damit ihr Ergebnis im Vergleich zu den Wahlen von 2003 verdreifacht. In der Provinz Barcelona erzielte die Partei alleine acht Ratssitze. In Ardales nahe Malaga stellt die FALANGE AUTÉNTICA – eine von vier Falange-Gruppierungen – zwei Gemeinderäte. Die IZQUIERDA UNIDA (VEREINIGTE LINKE) verhandelte mit der rechtsextremen Partei, um den bisher regierenden Sozialisten der PSOE den Bürgermeister-Posten abnehmen zu können.

Weitere Ergebnisse: MOVIMIENTO FALANGISTA DE ESPAÑA (MFE): ein Sitz in Santona (Cantabria); DEMOCRACIA NACIONAL (DN): insgesamt drei Sitze in Castilla-Léon; ESPAÑA 2000: je ein Sitz in Onda (Provincia de Castellón) und Silla (Valencia). ◀

Musik & Politik in Thüringen

Eisenach/Jena • Bereits zum sechsten Mal wurde am 19. Mai in Eisenach der »Thüringentag der Nationalen Jugend« durchgeführt. Neben zahlreichen Rednern von NPD und FREIEN KAMERADSCHAFTEN traten Rechtsrockbands vor den etwa 400 Nazis auf. Die Veranstaltung mit Festival- und Bürgerfestcharakter ist Vorbild für weitere ähnliche Zusammenkünfte. So hält der NPD-Kreisverband Gera seit 2003 jährlich eine Großveranstaltung mit NPD-Rednern und bekannten Rechtsrockbands ab. Am 30. Juni lud er unter dem Motto »Heimat ist mehr als nur ein Standort« unter anderem zu einem Konzert von SPREEGESCHWADER und FRONTALKRAFT. Der nächste Termin dieser Art mit internationaler Beteiligung ist das »Fest der Völker« am 8. September in Jena. Informationen über Gegenaktivitäten hierzu gibt es unter <http://jena.antifa.net/fdv>. ◀

Der große Coup zum G8-Hype ist missglückt: Mit einer zentralen Großdemonstration am 2. Juni in Schwerin wollten NPD und freie KAMERADSCHAFTEN ihrer Antiglobalisierungskampagne die Krone aufsetzen. Daraus wurde nichts. Durch Demoverbote waren die Neonazis gezwungen, sich auf Kleinaktionen zu beschränken. Das »Kampfmittel« der Großdemonstration scheint für die Szene an Schlagkraft zu verlieren.

Es ist ein deutlicher Fall von selektiver Wahrnehmung. Da lobt JENS PÜHSE, Vorstandsmitglied der NPD, in einem Interview mit dem Parteiblatt DEUTSCHE STIMME die wachsende Kampagnenfähigkeit des »nationalen Widerstandes«. Gegen Globalisierung und den G8-Gipfel habe man an einem Aktionstag »bundesweit 138 Einzelaktionen« durchgeführt, an einem anderen habe es »erfreulicherweise nochmals eine Steigerung« gegeben. Die Kampagne sei geglückt, die Partei auf dem richtigen Weg, so sein Resümee.

Was PÜHSE nicht erwähnt: Den Höhepunkt der Kampagne sollte eine zentrale Demonstration am 2. Juni in Schwerin bilden. Durch Verbotsverfügungen fiel dieser Aufzug genauso aus wie eine vorsorglich in Ludwigslust angemeldete Ausweichveranstaltung. Das Gros der Neonazis war wegen des absehbaren Verbots am 2. Juni gleich zu Hause geblieben, andere traten auf halbem Weg vor Schwerin frustriert den Heimweg an. In etlichen Städten hielten rechte Reisegruppen kleinere Spontankundgebungen und -demonstrationen ab. Doch dieses hilflose Kleinklein war mitnichten ein Ersatz für Schwerin. Nur der Marsch von einigen Dut-

zend Neonazis durch das Brandenburger Tor in Berlin – unter ihnen NPD-Chef UDO VOIGT – erlangte nennenswerte Publizität.

Herzstück fehlte

Ohne die Demo in Schwerin war die Kampagne ihres Herzstücks beraubt. Eine klare Niederlage. Über ein halbes Jahr lang hatten NPD und große Teile der Kameradschaften auf diesen Tag hingearbeitet. Letztlich umsonst: Mit polizeilichem Notstand wegen der Gipfelproteste in Rostock und bei Heiligendamm begründete das Oberverwaltungsgericht Greifswald das Verbot. Das dann von der NPD angegriffene Bundesverfassungsgericht konnte aus Zeitgründen nicht rechtzeitig entscheiden, die Demo blieb – genau wie die Antifa-Proteste auch – untersagt. Der Plan, mit einer teilnehmerstarken Veranstaltung an den Gipfelhype anzudocken und sich am 2. Juni als relevante und konsequent globalisierungskritische Kraft darzustellen, ist also gescheitert.

So wie JENS PÜHSE dieses Scheitern einfach unter den Tisch fallen lässt, bemühen sich andere Rechtsextreme offensiv wie unbeholfen, den Tag zu einem Erfolg umzudeuten.

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Vortrag zu Rechtsextremismus-Theorien

Was ist eigentlich »Rechtsextremismus«?

Warum ist bereits der Begriff des »Rechtsextremismus« und seine Deutung unter WissenschaftlerInnen umstritten? Handelt es sich beim zeitgenössischen Rechtsextremismus um eine soziale Bewegung oder nicht? Diese und ähnliche Fragen sind Thema des Seminars »Überblick über Rechtsextremismus-Theorien«, welches das *apabiz* in seinem Bildungsangebot führt. Geboten wird ein Einblick in die akademischen Diskussionen der vergangenen Jahre.

Die Veranstaltung ist als Einführung gedacht, die auch für wissenschaftliche Laien

geeignet ist, soziologische und politikwissenschaftliche Analysen nachzuvollziehen. Nach Möglichkeit sollen die TeilnehmerInnen die Rückwirkungen der Theorien auf die Gesellschaft erkennen lernen. Wesentliche Fragestellung soll jedoch sein, wie Wissenschaft und Forschung ein Thema aufgreifen, mit dem wir alltäglich konfrontiert sind.

Der Referent ist Mitarbeiter des *apabiz*. Der Vortrag ist als mehrstündiges Gruppenseminar konzipiert, eignet sich also nicht als Abendveranstaltung. ◀



NPD-Funktionär ANDREAS MOLAU meint, der 2. Juni wäre, »den Verfassungsrichtern sei dank«, ein »guter Tag« gewesen. Das Verbot sei als Anzeichen für die Verunsicherung »dieses Systems« und somit für die eigene Schlagkraft zu werten. Beim vielgelesenen Szene-Internetportal STÖRTEBEKER analysiert man im Nachhinein, dass die Spotandemonstrationen mehr Wirkung entfalteten, als in Schwerin erreichbar gewesen wäre: »Der politische Nutzen [dort] wäre vermutlich gleich Null gewesen.« So auch die DEUTSCHE STIMME: Es sei vorstellbar, »dass in den Medien der nationale Anti-Globalisierungsprotest lediglich am Rande erwähnt worden wäre«, heißt es im Aufmacher der Juli-



Demonstration der NPD am 16. Juni im brandenburgischen Rathenow.

ausgabe. Nach Einschätzung des AKTIONSBÜRO NORDDEUTSCHLAND hätten an den Spontanaktionen insgesamt 2000 »Nationalisten« teilgenommen. Diese Zahl ist zum einen hoffnungslos übertrieben und kommt zum anderen durch die Addition der Kleindemo-Teilnehmerszahlen zustande. Dass viele Neonazis am 2. Juni gleich in zwei oder drei Städten hintereinander Station machten, wird ignoriert.

Im Vorfeld des G8-Gipfels war öffentlich heiß diskutiert worden, ob sich Neonazis – von den Schweriner Plänen einmal abgesehen – den großen Gipfelprotesten in Rostock und vor Heiligendamm anschließen würden. Auch in diesem Punkt kann jedoch ein nüchternes Fazit gezogen werden. Einzelne Rechtsextreme mögen vor Ort gewesen sein. Doch wahrnehmbar waren sie kaum. Typisch ist ein Internetbericht, in dem sich einige Neonazis brüsten, an den Protesten in Rostock »beteiligt« gewesen zu sein. Dieses Mitmachen bestand jedoch lediglich darin, dem Geschehen zuzuschauen. Sogar verummmt habe man sich, aus Angst als Neonazi identifiziert zu werden. Eine kurzfristig von der NPD angemeldete Kundgebung in Rostock »für Versammlungsfreiheit und gegen

linke Gewalt« war parteiintern höchst umstritten und wurde ebenfalls verboten. Am Versammlungsort erschienen nur sehr wenige Rechtsextreme, welche von der Polizei schnell weggeschickt wurden.

Großdemos verlieren an Bedeutung

Im Gegensatz zum wachsenden politischen Potenzial der extremen Rechten und den Wahlerfolgen der NPD fällt allgemein auf, dass die Erfolgsaussichten für Großdemonstrationen immer geringer werden. In den vergangenen beiden Jahren wurden bei stagnierenden TeilnehmerInnenzahlen die alljährlichen Aufzüge in Dresden von GegendemonstrantInnen blockiert. Das »Heldengedenken« in Halbe droht genauso wie der »Hess-Marsch« in Wunsiedel durch die staatliche Verbotspraxis an Bedeutung zu verlieren. Schon länger gab es keine große, zentrale Demonstration zum 1. Mai mehr und auch an die Niederlage der NPD am 8. Mai 2005 in Berlin sei an dieser Stelle erinnert. Großdemonstrationen sind damit eines der wenigen Felder, in denen die extreme Rechte momentan hinter die in den vergangenen 15 Jahren erreichten Möglichkeiten zurückgefallen ist.

Immerhin: Agendasetting ist geglückt

Auch wenn die Gipfeltage für die Neonazis zu einem Desaster gerieten, ist festzuhalten, dass die lang andauernde Mobilisierung Spuren hinterlassen hat. Das Thema Globalisierung wurde von den rechtsextremen Kampagnenchefs erfolgreich in der Szene etabliert und so eine Erweiterung des Themenrepertoires erreicht. Zudem ist es gelungen, dies auch nach Außen zu vermitteln: Dass Neonazis gegen Globalisierung sind, ist in der Öffentlichkeit mittlerweile angekommen. Ebenso funktionierte die Zusammenarbeit zwischen freien Kameradschaften und NPD während der Kampagne erstaunlich reibungsfrei.

Schwierigkeiten hatte die Szene hingegen bei der Frage, wie sie sich zu der globalisierungskritischen Bewegung positionieren sollte. Will man mit dieser gerne »gemeinsame Aktionen« machen, weil es inhaltlich »jede Menge Schnittmengen« gäbe (NPD-Pressesprecher KLAUS BEIER)? Rekrutiert sie sich aus der vom System enttäuschten Bevölkerungsmehrheit, die agitiert werden müsse, wie es ANDREAS MOLAU nahe legt? Oder handelt es sich um den ärgsten Feind, um »Linkschaoten«, wie UDO PASTÖRS, NPD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, betont? Eine Antwort darauf ist weiter nicht in Sicht, auch wenn sich das Gros der Szene nach den Ausschreitungen in Rostock scheinempört von »linker Gewalt« distanzierte.

Toni Peters

Indizierung von Rudolf Steiner beantragt

Berlin/Bonn • Die Kritik am Rassismus des Begründers der Anthroposophie, RUDOLF STEINER, ist nicht neu. Nun wurde beim Bundesfamilienministerium die Indizierung zweier seiner Schriften als jugendgefährdend beantragt. Die Arbeiten behaupten, dass die so genannte »Jupiterrasse« – die europäischen »Völker« – zur geistigen Höherentwicklung befähigt sei, während »die Indianer« aussterben müssten. »Der Neger« koche fortwährend innerlich, sodass sein Triebleben seine geistige Entwicklung hemme. ◀

Anti-Antifa-Listen bleiben folgenlos

Dresden • Das Anlegen einer so genannten ANTI-ANTIFA-Liste bleibt für die Täter aus dem Kreis Dresdner Neonazis folgenlos. Wie Oberstaatsanwalt Jürgen Schär in einem Interview mit der Tageszeitung *junge welt* mitteilte, sei das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingestellt worden. Der Anfangsverdacht, »dass mit der systematischen Sammlung von Daten Vorbereitungshandlungen begangen sein könnten, um organisiert Gewalt gegen die linke Szene anzuwenden [...] hat sich jedoch nicht verdichtet, und darum wurde das Verfahren eingestellt«, so Schär (*jw* vom 14. Juni 2007). Dresdner AntifaschistInnen vermuten die Urheber der Liste, die Namen von rund 150 Personen, deren persönliche Daten und zum Teil auch Polizeifotos enthielt, im Kreis sogenannter FREIER KRÄFTE. Diese Gruppierung der Kameradschaftsszene hatte in der Vergangenheit mehrfach Strafverfahren gegen Linke und AntifaschistInnen angezettelt, um über die Ermittlungsakten an personenbezogene Daten zu gelangen. Weitere Informationen: <http://alias.sytes.net>. ◀

Und wieder eine »Schulhof-CD«

Bundesweit • Unter dem Titel »Schulhof CD – 60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung« ist im Juni eine neue kostenlose CD mit rechtsextremer Musik erschienen. Als Urheber des kostenlosen Werbemediums von rechts, das sich vor allem an Jugendliche wendet, werden der KAMERADSCHAFTSBUND ▼



► HOCHFRANKEN (Hof/Bayern) und das Label PC RECORDS von YVES RAHMEL in Chemnitz gehandelt. Zahlreiche beteiligte Bands veröffentlichten bereits auf dem Chemnitzer Label. Am 22. Juni durchsuchte die Polizei in Hof, Riesa und im Raum Chemnitz verschiedene Objekte, wobei über 500 Exemplare der CD beschlagnahmt wurden. 5.000 Exemplare der Scheibe sollen nach Angaben der Behörden verteilt worden sein. ◀

Antisemitischer Aufmarsch in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. • Mit Sprechchören wie "BRD, Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt" zogen am 7. Juli etwa 600 Neonazis aus ganz Deutschland durch den Frankfurter Stadtteil Hausen. Der Aufmarsch unter dem Motto "Arbeit statt Dividende. Volksgemeinschaft statt Globalisierung" war vom hessischen NPD-Vorsitzenden Marcel Wöll angemeldet und sollte ein Höhepunkt der laufenden "Antikap-Kampagne" (Antikapitalismus-Kampagne) der deutschen Neonazis sein. Obwohl die Neonazis teilweise verumumt waren und massenhaft gegen Auflagen verstießen, griff die Polizei nicht ein. Der Frankfurter Polizeipräsident Thiel hatte schon im Vorfeld unmissverständlich erklärt, dass er AntifaschistInnen als das eigentliche Problem betrachte. Wenngleich die Polizei den Neonazis einen ungetrübten Nachmittag ermöglichte, so lief für sie beileibe nicht alles glatt. Blockaden und Sabotagen an den S-Bahnen sorgten für lange Verzögerungen bei der Anreise und es kam während des Aufmarsches aus nichtigem Anlass zu einer Schlägerei zwischen NPD-Ordern und "Autonomen Nationalisten", was zeigt, wie gespannt das Verhältnis der beiden Strömungen ist. Am Abend vorher hatten Antifas die Mobilisierungsseite gehackt und den Aufmarsch kurzerhand abgesagt. Das Resultat war eine schlaflose Nacht für die Organisatoren, die bis in die frühen Morgenstunden ihr Dementi wild durch die Gegend mailten. ◀

Talmud-Nazis?

Hintergrund ➞ Nazis in der Lausitz werben mit Talmud-Zitat

Die Purzelbäume und Bocksprünge der »Autonomen Nationalisten« werden immer absurder. In ihrem Bemühen, möglichst radikal, militant und autonom zu wirken, wird die Wahl der geklauten Parolen immer beliebiger. Dass Rio Reiser sich zu seinem Schwulsein offen bekannte, steht einer Verwendung von Ton-Steine-Scherben-Songs nicht im Weg. Sogar der FREUNDESKREIS HALBE, der sicher nicht in Verdacht steht, »autonome« Strömungen in der Kameradschaftsszene zu befürworten, bringt auf seiner Webseite ein Lied des Antifaschisten und Teilnehmers am spanischen Bürgerkrieg, Ernst Busch, zur Melodie von Hanns Eisler, der jüdischer Herkunft war. Den Hitler-, Horst-Wessel- und Heß-VerehrerInnen ist es inzwischen offenbar völlig egal, ob sie ihren beliebigen Zitatenschatz auch mit Werken prominenter Jüdinnen und Juden garnieren, wie etwa Rosa Luxemburgs »Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden«.

Aber sich auf den Talmud berufen – geht das nicht etwas sehr weit? Für die Kameraden aus der Lausitz, die neuerdings das Label www.jugend-offensive.info verwenden, offenbar nicht. Ihren Aufkleber »Werde aktiv!« garnieren sie mit dem

Motto: »Wer wenn nicht wir? Wann wenn nicht jetzt?« Nun gut, der Spruch ist mittlerweile weit verbreitet. In der hier zitierten Form ist er wahrscheinlich – unter dem Einfluss jüdischer Frauen in der nordamerikanischen Lesbenbewegung – aus dem feministischen Sprachschatz übernommen worden. Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi wählte den zweiten Satz als Überschrift für einen Partisanen-Roman. Der Spruch geht auf einen Satz von Rabbi Hillel dem Älteren zurück, der vor 2000 Jahren einer der wichtigsten Interpreten des jüdischen Gesetzes war. Eine inhaltlich korrekte Übersetzung lautet etwa: »Wenn ich nicht für mich bin, wer ist für mich? Und solange ich nur für mich bin, was bin ich? Und wenn nicht jetzt, wann dann?« Überliefert wird diese Aussage im Talmud, Abschnitt »Pirkei Awot« (Sprüche der Väter).

Woher werden diese postmodernen Jungnazis ihre Vorbilder in Zukunft nehmen? Vielleicht bei der radikalen israelischen Siedlerbewegung »Gush Emunim«, zu deutsch: »Block der Getreuen«? Das würde uns auch schon nicht mehr wundern...

Martin Orlant

CDU und NPD Hand in Hand

Bericht ➞ Bezirk weist Kriminalisierung von Falken zurück

Die Berliner NPD will sich »in nächster Zeit des Themas ‚Falken‘ und ihrer Bedeutung in der kriminellen Antifa-Szene genauer annehmen«. Hintergrund ist ein Vorfall vom 23. Juni. An diesem Tag fanden im »Anton-Schmaus-Haus« (ASH), einer Einrichtung des sozialistischen Jugendverbandes »Die Falken« in Neukölln, eine Veranstaltung zu rechten Strukturen in Neukölln und eine »Beachparty gegen rechts« statt. Im Umfeld der Veranstaltung wurden drei Neonazis verletzt, die das ASH bzw. seine Gäste bedrohten. Einer von ihnen erlitt eine mehrfache Fraktur des Unterschenkels. Daraufhin wurde die Party durch die Polizei beendet.

Die NPD hat daraufhin nun Anfrage in der Neuköllner BVV angekündigt, deren vierter Punkt lauten soll: »Welche Konsequenzen wird der feige Überfall [...] auf mindestens eines unserer Parteimitglieder in Bezug auf die Finanzierung solcher Brutstätten der Gewalt haben?«, wie JAN STURM formulierte. THOMAS VIERK fordert unter anderem »die Schließung der Räumlichkeiten, die gesetzlich höchste Verurteilung dieser gewaltbereiten Barbaren und endlich ein nationales Jugendzentrum in

dem gelehrt wird, wie man sich in der Öffentlichkeit zu benehmen hat«.

Damit stellen die extrem rechten Bezirksverordneten die Verhältnisse auf den Kopf: Körperliche Gewalt und verbale Bedrohungen gegen MitarbeiterInnen und Gäste der Einrichtungen der »Falken« durch Neonazis sind Alltag. Das ASH wie auch die »Falkenburg« in Lichtenberg sind mehrmals mit Parolen wie »Linke Jugendzentren zerschlagen« beschmiert worden.

Nichtsdestotrotz schlug sich die CDU für die NPD in die Bresche, deren Anfrage wegen Zeitmangels vertagt worden war: Auf der BVV-Sitzung am 4. Juli stellten die Christdemokraten eine mündliche Anfrage, ob die »Falken linksautonome Schläger unter ihre Fittiche« nehmen würden. Die Antwort der Bezirksstadträtin stellte klar, dass die Falken als Veranstalter »selbstverständlich nicht dafür einstehen könnten, dass sich nicht auch Menschen im Haus aufgehalten haben, die an der Tat am U-Bahnhof beteiligt waren«, und dass es sich bei den sonstigen Vorkommnissen in Britz ausschließlich um »Taten des rechten Täterspektrums« handele.

Eike Sanders



Nichts davon gewusst?

Rezension ➔ Zwei neue Bücher gehen der Frage nach, was die deutsche Bevölkerung vom Holocaust wusste

Zwei neue Studien zeigen, dass sich der Satz »Davon haben wir nichts gewusst« nicht belegen lässt. In seiner gleichnamigen Arbeit geht Peter Longerich der Frage des Grades des verbreiteten Wissens über Judenvernichtung anhand von Presseberichten der NS-Zeit nach. Er begründet seine Herangehensweise damit, dass es für die Zeit der NS-Herrschaft keine verlässlichen demoskopischen Daten gibt. Als weitere Quellen für das Meinungsbild der Bevölkerung zitiert er im Buch vielfach die Berichte der Exil-SPD (SOPADE) und die von der Forschung vielfach herangezogenen »Meldungen aus dem Reich« des SD.

»Teilnehmende Beobachtung«

Diese Quellen unterwirft der Autor einer ausführlichen kritischen Exegese. Während die SOPADE-Berichte fast ausschließlich aus dem Milieu der sozialdemokratischen Arbeiterschaft berichteten, spiegelten die SD-Berichte eher die inneren Konflikte des NS-Herrschaftsapparates wider, als die reale Stimmung in der Bevölkerung. Longerich problematisiert das Verschwinden einer nicht regimegebundenen res publica in der Stabilisierungsphase der NS-Diktatur. Abweichende Meinungen wurden zunehmend nur noch im privaten Umfeld geäußert, sodass der öffentliche Raum gänzlich von der Regimepropaganda besetzt war. Hingegen lasse das Wechselspiel zwischen gleichgeschalteten, ehemals bürgerlichen Blättern und der NS-Parteipresse Rückschlüsse auf den Wirkungsgrad der in Wellen 1934/35 und 1938 bis 1941 wiederkehrenden antisemitischen Kampagnen zu. Das mag für die Etablierungsphase des Regimes bis 1936 gelten. Für die Zeit nach dem Novemberpogrom erscheint die Argumentation wenig schlüssig.

Wie weithin bekannt, beschreibt Longerich, dass offen gewalttätige antisemitische Ausschreitungen offenbar nur von einer Minderheit goutiert wurden. Hingegen stieß die schrittweise juristische reglementierte Ausgrenzung von Juden auf weitgehende Zustimmung, da nicht wenige davon sozial profitierten. Der Verantwortung für diese Maßnahmen wurde man durch die normative Kraft des Gewaltmonopols des NS-Staates entledigt. Breiten Raum nehmen bei Longerich Interpretationen des Verhaltens der »teilnehmenden Beobachtung« der Bevölkerung bei antisemitischen Aktionen ein. Deren Reaktionen reichten von Teilnahmslosigkeit und Desinteresse bis verdeckt geäußelter Missbilligung. Offener Protest hingegen blieb die Ausnahme. Daraus auf generelle Zustimmung zur Judenpolitik des NS-Staates zu schließen, hält Longerich für unzulässig.

»Der Holocaust als offenes Geheimnis«

In seinem Einleitungsaufsatz zu »Der Holocaust als offenes Geheimnis« begründet Frank Bajohr seine These u. a. damit, dass sich trotz der Wehrmachtszensur in den Feldpostbriefen von Soldaten eindeutige Hinweise auf die Massenvernichtung der Juden gefunden hätten. Zudem habe die NS-Führung spätestens nach der Niederlage in Stalingrad die gezielte Mitwisserschaft der Deutschen über die Vernichtung der Juden gesucht, um damit vorhandene Bestrafungs- und Vergeltungsgängste in der Bevölkerung propagandistisch zu verstärken, und so den Durchhaltewillen zu stärken. Dass es dabei nicht auf Detailwissen sondern ein diffuses Gemisch aus Gerüchten und Interpretation der Propaganda ankam, belegen nicht nur die »Meldungen aus dem Reich«, sondern auch Tagebuchaufzeichnungen und Briefe. Es ist auffällig, dass die zunehmend geäußerten Bedenken über die verbrecherische Kriegsführung nicht moralischer Skrupel, sondern kühlen Kostenrechnungen entsprangen.

Im zweiten Beitrag des Buches zeigt Dieter Pohl auf, wie unterschiedlich die Alliierten die ihnen vorliegenden Informationen über den sich vollziehenden Holocaust werteten. Zwar lagen den Alliierten eine Vielzahl von Informationen aus sehr unterschiedlichen Quellen über den Holocaust vor. Doch nur wenige politische Entscheidungsträger glaubten den Berichten. Zudem geriet ihnen die Judenvernichtung vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Kriegsführung zum Teilaspekt.

Fazit

Beide Monographien lesen sich als Einstieg in die Frage nach dem Verhalten der ZeitgenossInnen zur Judenverfolgung und -vernichtung instruktiv. Sie gewichten den neueren Forschungsstand und eröffnen manch ungewohnte Perspektive. Doch die kundigen LeserInnen erfahren aus beiden Studien wenig neues. Auch geht der Interpretationsrahmen beider Bände nicht über die historiographisch-politikwissenschaftlichen hinaus. Andere, wie etwa ein sozialpsychologischer oder mentalitätsgeschichtlicher Zugang, finden sich zwar bei Longerich angedeutet, jedoch nicht ausgeführt. Wer die Beweggründe der Verhaltens- und Reaktionsformen der deutschen Bevölkerung verstehen will, bleibt auf Klassiker wie Arendt oder ZeitzeugInnendokumente wie die Tagebücher Victor Klemperers verwiesen.

Christian Grünert

Longerich, Peter: »Davon haben wir nichts gewusst«. Siedler Verlag 2006.

Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: »Der Holocaust als offenes Geheimnis«. C.H. Beck Verlag 2006.

MBR Berlin legt neue Broschüre vor

Berlin • Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)* hat eine umfassende Broschüre vorgelegt, in der auf 120 Seiten »Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung« dargestellt werden. Die Publikation mit dem sperrigen Titel »Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention bei Jugendlichen« ist aus der inzwischen sechsjährigen Erfahrung des MBR-Teams bei der Beratungsarbeit entstanden.

Der Band ist in drei aufeinander aufbauende, aber auch einzeln lesbare Kapitel gegliedert. Im ersten wird geschildert, auf welche Weise – beispielsweise über Musik, Lifestyle oder das »Spiel« mit Codes und Symbolen – rechtsextreme Weltbilder in jugendliche Lebenswelten einsickern. Im zweiten Kapitel werden diese rechtsextremen Weltbilder beschrieben. Im dritten und längsten Kapitel werden Handlungsstrategien und Methoden der Präventions- und Interventionsarbeit dargestellt. Neben Kriterien und Standards für die Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen wird der Stärkung demokratisch orientierter Jugendkulturen als Präventionsstrategie besondere Relevanz eingeräumt.

Die Publikation kann auf der Homepage der MBR (<http://www.mbr-berlin.de>) als PDF-Datei herunter geladen oder in der Druckfassung bestellt werden. ◀





Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Mellies, Dirk: »Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953 – 1973«. Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 2007.*

Der Historiker Dirk Mellies untersucht in seiner Studie das personelle Gesamtnetzwerk des neutralistisch-pazifistischen Milieus in der frühen Bundesrepublik, das sich u. a. gegen die Westbindung der BRD positionierte und für ein blockfreies Gesamtdeutschland eintrat. Ausgangspunkt der Analyse, die die Jahre 1953 bis 1973 umfasst, ist der Autorenstamm der *Deutschen Volkszeitung (DVZ)*, deren Nachfolger *Freitag* bis heute erscheint. Der Autor forschte für seine Studie unter anderem im *apabiz*, wo er in das Redaktionsarchiv der DVZ Einblick nahm.

• *Zeuner, Bodo; Stöss, Richard u. a.: »Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften«. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007.*

Im vergangenen Jahr machte eine politikwissenschaftliche Studie über rechtsextreme Einstellungen in den Gewerkschaften Furore. Sie zeigte, dass die über sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland mindestens ebenso, zum Teil sogar überdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Gesamtbevölkerung. In dem nun erschienenen Buch, dem die Untersuchung zugrunde liegt, zeigen die AutorInnen auf, wie Rechtsextreme die soziale Frage besetzen und fragen, warum traditionelle Abwehrkräfte gegen rechts versagen. Abschließend werden konkrete Konsequenzen für die gewerkschaftliche Politik und Bildungsarbeit formuliert.

• *Bathke, Peter; Spindler, Susanne (Hg.): »Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien«. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006.*

Überall in Europa ist eine wachsende Popularität rechtsextremer Parteien und Ideologien zu verzeichnen. Dies – so die These des vorliegenden Sammelbandes – korrespondiert mit der Unterordnung von immer mehr Lebensbereichen unter eine radikale Marktlogik und der Propagierung von Standortnationalismus. Die verschiedenen Beiträge thematisieren das Wechselverhältnis zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus und fragen, wie sich

der Rechtsextremismus unter neoliberalen Bedingungen gewandelt hat.

• *Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.): »Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung März – Mai 2006«. Berlin 2006.*

Die Broschüre dokumentiert eine Konferenz zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger aus Berlin und Brandenburg, die sich an drei Wochenenden umfassend über das Thema Rechtsextremismus informierten und untereinander sowie mit ExpertInnen diskutierten. Die Ergebnisse mündeten in einem gemeinsam verfassten »Bürgervotum«, das im Mai 2006 unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse in der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde.

• *Benz, Wolfgang; Wetzel, Juliane (Hg.): »Antisemitismus und radikaler Islamismus«. Klartext Verlag, Essen 2007.*

Die verschiedenen Beiträge des Sammelbandes thematisieren die Mechanik des politisch instrumentalisierten Vorurteils sowie Voraussetzungen, Wirkung und Erfolg jüdenfeindlicher Agitation. Dies wird ausgeführt an Erscheinungsformen des radikalen Islamismus. Einer der Beiträge beschäftigt sich dabei mit den Entwicklungen im Iran und dem Antisemitismus unter Präsident AHMADINESCHAD. Abschließend zeigen zwei AutorInnen politische und pädagogische Interventionsstrategien gegen Antisemitismus auf.

• *Hahn, Judith; Kavcic, Silvija; Kopke, Christoph (Hg.): »Medizin im Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums«. Mabuse-Verlag, Frankfurt a. M. 2005.*

Der Sammelband dokumentiert den Workshop »Medizin und Konzentrationslager«, der von den HerausgeberInnen zusammen mit dem Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften der Berliner Hochschulmedizin Ende 2003 veranstaltet wurde. Die Beiträge beschäftigen sich mit den wissenschafts- und gesundheitspolitischen, »rassenhygienischen« und vernichtungspolitischen Zielen und deren Umsetzung im Nationalsozialismus. Einer der Beiträge setzt sich z. B. mit dem KZ-Malariaforscher SCHILLING auseinander, ein anderer thematisiert die Funktion der Häftlingskrankenbauten in den Lagern des KZ Mittelbau-Dora.